



**Unsere Forderungen
an die Stadt Nürnberg**

#1JahrNurBlockiert

#NBGMUSSHANDELN



Wir befinden uns in einer Krise.

Die Krise unserer Zeit heißt Klimakrise und sie ist die größte und existenziellste Krise, der sich die Menschheit je stellen musste.

2015 haben sich mehr als 190 Staaten in Paris dazu verpflichtet die Erderwärmung auf „deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen“. Ein Sonderbericht des Weltklimarats IPCC aus dem Jahr 2018 hat untersucht, welche Unterschiede sich ergeben, je nachdem ob die Erderwärmung auf 1,5 oder 2 Grad begrenzt wird.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass eine Erderwärmung von 2 Grad anstatt 1,5 Grad für alle Menschen weltweit existenzbedrohende Folgen hätte, die sich aus den Auswirkungen für Ökosysteme, die Artenvielfalt, den Meeresspiegelanstieg, Wetterextreme, Ernteerträge und die Wasservorräte ergeben. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen.

„Jedes bisschen mehr an Erwärmung wirkt sich aus, vor allem, weil eine Erwärmung von 1,5 Grad oder höher das Risiko erhöht, dass die Veränderungen langanhaltend oder irreversibel sein werden.“

Hans-Otto Pörtner, Co-Leiter der IPCC-Arbeitsgruppe II

Die globalen Ziele der „Fridays for Future“-Bewegung basieren deshalb auf dem Erreichen des 1,5-Grad-Ziels. Aufgrund der klimapolitisch viel zu zögerlichen Maßnahmen seit dem Abschluss des Pariser Abkommens 2015 wird es Deutschland jedoch bereits heute absehbar unmöglich sein, seinen gerechten Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels zu leisten.

Denn um das 1,5-Grad-Ziel mit einer 67-prozentigen Wahrscheinlichkeit zu erreichen, darf ein sogenanntes „CO₂-Budget“ von 420 Gigatonnen (Stand: 2018) nicht überschritten werden¹. Als Verteilungsschlüssel bietet sich der Anteil der Einwohner*innen eines Landes an der Weltbevölkerung an. Dies würde zumindest ansatzweise einer gerechten Verteilung entsprechen. Für Deutschland bleiben also 1,1% des Restbudgets. Berechnet man zudem die seit dem Abschluss des Pariser Abkommens im Jahr 2015 emittierten Emissionen ein, ergibt sich für Deutschland ab 2020 ein Restbudget von 2,3 Gigatonnen CO₂-Äquivalente. Bei einer linearen gleichmäßigen Verringerung unserer Emissionen ergibt sich daraus, **dass Deutschland allerspätestens im Jahr 2026 klimaneutral sein müsste**. Dies ist vermutlich jedoch weder technisch noch politisch realisierbar.

Deswegen bleibt Deutschland nichts anderes übrig, als die nationalen Klimaschutzziele am 1,75-Grad-Ziel auszurichten und international auf eine Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels hinzuarbeiten. Zu diesem globalen Ziel von 1,5 Grad bekennt sich „Fridays for Future“ Nürnberg.

Setzt man den gleichen Verteilungsschlüssel für das CO₂-Budget für 1,75 Grad an, müsste Deutschland **spätestens 2035 Klimaneutralität erreichen**. Dafür müssen

¹ IPCC, 2018: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels.

wir ab 2020 jährlich mindestens 6% der Treibhausgas-Emissionen einsparen.² Benötigt wird also ein radikaler Bruch mit den bisherigen Entwicklungs-Pfaden.

Das Ziel der Klimaneutralität 2035 ist ambitioniert. Deutschland ist historisch gesehen jedoch für die fünfthöchsten THG-Emissionen in der Atmosphäre verantwortlich³ und ist auch heute noch weltweit siebtgrößter Emittent.⁴ Ein späteres Datum wird deswegen weder den moralischen Verpflichtungen gegenüber dem Globalen Süden noch den Versprechungen des Pariser Klimaschutzabkommens auch nur ansatzweise gerecht. Zudem wird selbst durch eine Erwärmung von 1,75 Grad die Überschreitung von Kipppunkten im Klimasystem riskiert, die die globale Erwärmung der Kontrolle des Menschen vollständig entziehen würden.

Dementsprechend stellen die hier vorgestellten Forderungen einen Versuch dar, Maßnahmen auf lokalpolitischer Ebene vorzuschlagen, die einen ansatzweise gerechten Beitrag Deutschlands zur Einhaltung des Pariser Abkommens darstellen.

Auch der Stadtrat hat sich schließlich im letzten Jahr zu dem 1,5-Grad-Ziel und darüber hinaus zu den Forderungen von „Fridays for Future“ & „Scientists for Future“ bekannt.

Auf dieses Bekenntnis müssen nun Taten folgen!

Wir befinden uns in einer Krise, also müssen wir uns auch verhalten, als wären wir in einer Krise. Wir müssen alles Mögliche tun, um diese existentielle Gefahr abzuwenden.

Je länger wir damit warten, die Klimakrise zu bekämpfen, desto schwerer wird es uns fallen, ihre Auswirkungen doch noch zu verhindern. Die entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein und darüber hinaus weit höhere Kosten mit sich bringen als alle vorgeschlagenen Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe. Studien gehen von bis zu 20% des Bruttonationalprodukts bis zum Jahr 2100 aus.⁵

Wir brauchen „rasche, weitreichende und nie dagewesene Veränderungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft“ (IPCC, 2018). Kurz: Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation.

Unser bisheriges Wirtschaftsmodell droht durch grenzenloses Wachstum die planetaren Grenzen zu sprengen. Statt einer Kultur des Gegeneinanders, brauchen wir eine Kultur der gemeinsamen Fürsorge für einander, unsere Natur und unsere Lebensgrundlagen. Die Externalisierung von Kosten zulasten von Menschenrechten und Umwelt muss ein Ende haben. Ebenso darf auch die Maximierung von (kurzfristigen) Profiten und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts niemals unser einziger Indikator

² Der genaue Rechenweg kann dem Beitrag Professor Stefan Rahmstorfs entnommen werden, dessen Zahlen vom Bundesumweltministerium bereits als korrekt bestätigt wurden, siehe:

<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>

³ <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/co2-emissionen-rangliste-der-staaten-bei-klimaerwaermung-a-944155.html>

⁴ <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20180301STO98928/treibhausgas-emissionen-nach-landern-und-sektoren-infografik>

⁵ Nicholas Stern, The Economics of Climate Change. The Stern Review, Cambridge 2006

für Wohlstand sein. Klimaschutz und damit die Bewahrung der menschlichen Grundlagen sind nicht verhandelbar und müssen dauerhaft gewährleistet werden.

Es braucht also grundlegende Änderungen an unserem Wirtschaftssystem und in sämtlichen Sektoren, gleichzeitig braucht es aber auch grundlegende Änderungen auf Kommunalebene.

Auch Kommunen müssen alles Mögliche tun, um die existenzielle Gefahr abzuwenden. **Business as usual ist keine Option.** Besonders, wenn die Kommunen – wie es die Stadt Nürnberg getan hat – sich zum 1,5-Grad-Ziel bekannt haben.

Richtig ist, dass Kommunen oftmals nur einen begrenzten Handlungsspielraum haben. Dennoch muss auch hier alles Nötige unternommen werden, um Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Wir erkennen die bisherigen Bemühungen der Stadt Nürnberg in Sachen Klimaschutz an und respektieren die Anstrengungen, die bisher unternommen wurden. Dennoch müssen wir konstatieren, dass die bisherigen Zielsetzungen und Maßnahmen, wie sie beispielsweise im Klimafahrplan der Stadt festgelegt sind, keineswegs mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel sind.⁶

Nötig ist ein Notfallpaket, um jetzt eine Reihe an Maßnahmen durchzusetzen oder in die Wege zu leiten, die garantieren, dass Nürnberg seinen Beitrag zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels leistet.

Folgende Maßnahmen sollte ein solches Notfallpaket enthalten:

1. Sofortiger Ausbaustopp des Frankenschnellwegs
2. 365€-Ticket für alle ab sofort
3. Autofreie Innenstadt bis Ende 2020
4. Durchgehendes Radwegenetz bis 2026
5. Begegnungsplätze (z.B. Stadtgärten oder Spielplätze) statt Parkplätze
20% der öffentlichen Parkplätze bis Ende 2020 umwandeln, danach: jährliche kontinuierliche Reduzierung
6. Keine klimaschädlichen Wertanlagen
7. Nürnberg soll „Zero Waste“-Stadt werden
8. Repräsentative Bürger*innenversammlungen mit Vorschlagsrecht
9. N-Ergie: 100% erneuerbare Energien bis 2025
10. Verpflichtende Ausstattung mit PV oder Begrünung bei Neubauten⁷
11. Kommunale Einrichtungen und Eigenbetriebe klimaneutral bis 2030
12. Nachhaltige Ernährung in städtischen Einrichtungen

⁶ Der Fahrplan der Stadt sieht vor, die Emissionen bis 2050 um 80% zu senken. Das ist weder mit dem 1,5-Grad-Ziel noch auch nur ansatzweise mit dem Pariser Abkommen vereinbar; Quelle: Seite 3, https://www.nuernberg.de/imperia/md/klimaschutz/dokumente/klimafahrplan2014_gesamt.pdf

⁷ betrifft auch Nutzungsänderungen

Der tiefgreifende Veränderungsprozess kann nur gemeinsam mit den Menschen erreicht werden. Die Bevölkerung muss im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit über das Ausmaß der Klimakrise informiert werden. Deshalb ist es notwendig, dass die Stadt Nürnberg umgehend den Klimanotstand ausruft und ein Handlungsprogramm auflegt, das den tatsächlichen Anforderungen der Klimakrise gerecht wird.

Ein weiteres Thema, das sich wie ein roter Faden durch dieses Dokument zieht, ist die soziale Gerechtigkeit. Nicht nur wollen wir die Klimakrise um den Willen der betroffenen Menschen eindämmen. Wir wollen auch den dafür nötigen Transformationsprozess um den Willen der betroffenen Menschen in Deutschland sozial gerecht und fair gestalten. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern laufen in einem politisch gesteuerten Prozess sauber nebeneinander ab. In unserem Arbeitsprozess haben wir deshalb versucht die soziale Frage stets mitzudenken.

Zudem müssen die Menschen intensiv an den notwendigen Veränderungen beteiligt werden. Deshalb ist es uns besonders wichtig, dass die Demokratie und die Zivilgesellschaft innerhalb der Stadtgemeinschaft nachhaltig gestärkt werden. Deutschlandweit brauchen wir einen deutlich transparenteren und mutigeren Parlamentarismus. Darüber hinaus brauchen wir aber auch weitere demokratische Instrumente. Aus diesem Grund haben wir diesem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise gefährdet nicht ein beherztes Handeln unsere Demokratie oder die Wirtschaft, sondern Untätigkeit. Um die anstehende Transformation zu gestalten, braucht es politischen Mut und Visionskraft!

Um die Klimakrise zu meistern, reicht es nicht mehr aus, stets auf einzelne Modell- oder Pilotprojekte zu verweisen. Wir brauchen grundsätzliche, ganzheitliche Lösungsansätze. Nur eine solche Herangehensweise kann der Dringlichkeit der Klimakrise gerecht werden.

Die nun vorliegenden Forderungen wurden in einem monatelangen Kooperationsprozess mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeitet. Dafür haben wir auf Demos, bei Infoständen und über digitale Werkzeuge zunächst die Wünsche der Bürger*innen gesammelt. Anschließend kam es zu einem Treffen mit Expert*innen und Wissenschaftler*innen. Auch im weiteren Prozess haben wir stets darauf geachtet, die Wissenschaft eng einzubinden.

Wir hoffen mit diesem Forderungspapier einen Anstoß zu Debatten über Visionen für unsere Stadtgesellschaft zu geben und setzen darauf, dass die Versprechungen, die der Stadtrat im Juli 2019 gegeben hat, umgesetzt werden!

Liebe Stadträt*innen, beginnen sie JETZT die Weichen für eine Zukunft zu stellen, in der wir alle gemeinsam auf diesem kleinen Planeten im All leben können!

Handeln Sie jetzt!

1. Mobilität

1. ÖPNV und SPNV (=S-Bahn, Regio etc.)

- Kosten
 - i. Ab sofort: 365€ Ticket für alle
 - ii. Ab sofort: kostenloser ÖPNV in der Innenstadt und überall an Samstagen
 - iii. Langfristig: kostenlos
- Ausbau
 - i. bessere Anbindung kleinerer Orte, ÖPNV-Ausbau am Land
 - ii. generell: Ausbau um Taktzahlen einzuhalten
- Takt
 - i. Erhöhung des Takts auf:
 - U-Bahn min 5'
 - Straßenbahn min 10'
 - Bus min 20'
 - S-Bahn min 20'
 - ii. zu Hauptverkehrszeiten kürzerer Takt
 - iii. Ab sofort: Durchgehende Nacht-S-Bahnen
- Fahrzeuge
 - i. keine neuen fossilen Antriebe mehr ab jetzt
 - ii. Bis 2025: Umstellung der Busflotte auf 100% fossilfrei
 - iii. Straßenbahnen anstatt Bussen. Mittelfristig sollen Straßenbahnlinien stark frequentierte Buslinien ersetzen

2. Fahrradverkehr

- Bis spätestens 2026: Mängelliste des vorhandenen Radroutennetzes erfassen und durchgängiges Radwegenetz. Das bedeutet:
 - i. Radwege an Hauptverkehrsrouten, Nebenstraßen, Freiraum-Verbindungen (zwischen Parks), Radschnellwege (Wege zwischen Städten)
 - ii. Zusätzliche Ausschilderung an allen Hauptverkehrswegen
- Ausreichend und durchgehend geschützte Fahrradwege, das bedeutet:
 - i. objektiv & subjektiv sicher
 - ii. Fahrradwege räumlich abtrennen
 - iii. min. 2 Meter breit
- Ab sofort: kostenlose Mitnahme von Rad in ÖPNV
- grüne Welle für Radler*innen nach dem Vorbild Kopenhagens
- mindestens Verfünffachung des Radetats auf 17-18 Mio.
 - i. grundsätzlich am Notwendigen orientieren
- mehr Fahrradständer /-parkhäuser inkl. Lademöglichkeiten für E-Bikes
- keine neuen "beidseitigen" Radwege mehr
- Ausbau des Fahrradleihsystems
- Lastenräder: dezentral, flächendeckend, leicht zugänglich, kostenlos
- Klare Radwegeführung an Baustellen
 - i. im Zweifelsfall auf Kosten von Autospuren umleiten

3. Autoverkehr

- nur noch Tempo-30 innerhalb der Stadt
- sofortiger Ausbaustopp des Frankenschnellwegs
- endgültiger Verzicht auf Nordanbindung A3-Flughafen
- Bis Ende 2020: autofreie Innenstadt
- autofreie Stadt als Vision
- autofreie Tage nach dem Vorbild Bogotas
- Ab 2035: nur noch emissionsfreie Fahrzeuge in Stadtgebiet
- keine kostenlosen Parkplätze mehr
- Parkplatz-Gebühren anheben zur Gegenfinanzierung des ÖPNV
- Stadtlogistik nur lokal emissionsfrei, am besten mit Lastenrädern
- Gefährdungen und Behinderungen durch Geschwindigkeits- & Parkverstöße härter bestrafen und kontrollieren

4. Flugverkehr

- Kein Ausbau des Flughafens inkl. Parkhäuser
- Verhinderung von Kurzstreckenflügen durch Anhebung der Start- und Landegebühren
- generelle Anhebung der Gebühren
- Verbot von Nachtflügen ab/nach Nürnberg

Erläuterungen

Wir wissen mittlerweile, dass es einer grundlegenden Verkehrswende bedarf, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Gerade der Verkehrssektor jedoch versagt, wenn es um Treibhausgasminderung geht (vgl. Umweltbundesamt: 2016: Anstieg der CO₂-Äquivalente um 2,2% gegenüber 1990).⁸ Das liegt vor allem an der starken Fokussierung auf den motorisierten Individualverkehr. Dieser fördert nicht nur fossile Brennstoffe und verbraucht viele Ressourcen, er ist auch extrem ineffizient. Häufig sind PKWs nicht vollbesetzt, der Großteil der Autos steht den größten Teil der Zeit ungenutzt herum und verbraucht damit Platz, der bei anderer Nutzung nachhaltiger gestaltet werden könnte.

Damit der Umstieg vom Auto auf nachhaltige Mobilitätsformen funktioniert, ist es wichtig, ganzheitlich zu denken. Deshalb braucht es Maßnahmen in allen Verkehrsbereichen.

Eine davon ist der günstige Ausbau des ÖPNV, sowie der S- und Regionalbahnen. Nicht nur muss es mehr Anbindungen in kleinere Orte außerhalb Nürnbergs und eine geringe, regelmäßige Taktzahl geben. Auch ist ein geringerer Preis unerlässlich. Deshalb soll ab sofort ein 365 € Ticket eingeführt werden, längerfristig soll es jedoch möglich sein, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zu nutzen. Eine Möglichkeit, um

⁸ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#textpart-4>

diese Maßnahme in die Bevölkerung zu tragen, ist die Einführung von kostenlosen Tarifzonen⁹ oder kostenlosem ÖPNV an allen Samstagen.

Eine Umstellung auf eine nicht-fossile Busflotte ist ebenso ein wichtiger Beitrag. Hierbei sollen verschiedene Antriebsarten in Betracht gezogen werden. In Augsburg werden die Busse z.B. schon länger höchst erfolgreich mit Biomethan aus der Bioabfallvergärungsanlage Augsburgs betrieben.¹⁰

Auch im Bereich Fahrradverkehr muss einiges getan werden. Im Moment gibt es in Nürnberg weder ein durchgehendes Radwegenetz, noch ist das vorhandene ausreichend sicher. Gerade das sichere Gefühl, was sich z.B. durch räumliche Trennung der Fahrradwege herstellen lässt, ist jedoch entscheidend dafür, dass mehr Menschen vom Auto auf das Fahrrad umsteigen.

Mit der derzeitigen Politik wird der motorisierte Individualverkehr stark gefördert, auch wenn dieser hauptverantwortlich für die Treibhausgasemissionen des Verkehrssektors ist. Gerade anhand des kreuzungsfreien Ausbaus des Frankenschnellweges lässt sich das größte Problem erkennen: es fehlt an Visionen und der ganzheitlichen Sicht. Wenn es viele Staus gibt, soll nicht etwa etwas gegen die vielen Autos unternommen werden, sondern es wird mehr Platz für sie geschaffen.

Aber auch innerhalb der Stadt gibt es viele Ansatzpunkte für einen zukunftsfähigen Autoverkehr. Ein durchgehendes Tempo 30 würde nicht nur für mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen sorgen, sondern auch weniger Ausstoß von Feinstaub und Treibhausgasen bedeuten.

Ein letzter Punkt zum Thema Verkehr ist der Nürnberger Flughafen. Es ist unverständlich, dass 2020 immer noch der Flughafen bzw. die Parkhäuser am Flughafen ausgebaut werden. Es muss alles getan werden, um den Flugverkehr zu verringern. Dazu hat die Stadt die Möglichkeit, die Start- und Landegebühren anzuheben. Auch die Nachtflüge kann die Stadt stark einschränken, die aktuellen Vorgaben sind im deutschlandweiten Vergleich unglaublich lasch.

Abschließend lässt sich sagen, dass eine Verkehrswende nicht nur essenziell für eine zukunftsfähige Klimapolitik ist, sondern auch wichtig für die soziale Gerechtigkeit. Ein billiger / kostenloser ÖPNV, sowie bessere Bedingungen fürs Radfahren, sorgen dafür, dass sich mehr Menschen Mobilität leisten können und nicht auf fossile, ineffiziente Mobilität angewiesen sind.

Auch lassen sich Kosten durch ganzheitliches Handeln gut finanzieren. Durch weniger Autoverkehr sinken die Kosten für Instandhaltung der Straßen. Durch den Ausbaustopp vom Frankenschnellweg können mehrere 100 Millionen Euro für nachhaltige Projekte verwendet werden. Und das zusätzliche Geld einer Erhöhung der Parkkosten lässt sich z.B. in Fahrradinfrastruktur investieren.

⁹ <https://www.sw-augsburg.de/magazin/detail/gratis-durch-die-city-zone/>

¹⁰ https://www.deutschlandfunk.de/emissionsfreie-augsburger-busflotte-mobil-mit-dem-eigenen.1769.de.html?dram:article_id=434691

2. Energieversorgung ¹¹

1. Ab sofort: keine neuen fossilen Kraftwerke und kein Zukauf von Kohlestrom
2. Ab 2025: 100 % Erneuerbare
3. Mittelfristig: Bereitstellung von 2,5% der Freifläche in der Metropolregion Nürnberg zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus erneuerbaren Energiequellen. ¹²

Erläuterungen

Die Umstellung auf erneuerbare Energien stellt eine wesentliche Herausforderung auf dem Weg zur Klimaneutralität dar. „Fridays for Future“ Deutschland hat das bereits vor einem Jahr erkannt und fordert für den Energiebereich seitdem den deutschlandweiten Kohleausstieg bis 2030 und 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035.¹³ An diesen Forderungen orientieren sich auch die Forderungen für den Raum Nürnberg.

Grundvoraussetzung für eine klimaneutrale Energieversorgung ist der sofortige Verzicht auf neue Kohlekraftwerke und den Zukauf von Kohlestrom.

Dies soll helfen, bis 2025 die vollständige Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu beziehen, wenn nötig unter Zuhilfenahme von Überschüssen aus anderen Regionen.

Langfristig jedoch sollte die Metropolregion ihren gesamten Strom selbstständig aus erneuerbaren Energien gewinnen können. Die Bereitstellung von etwa 2,5% der Landesfläche zum Energiegewinn aus erneuerbaren Energien sollte ausreichen, um dies zu gewährleisten.¹⁴

Entscheidend hierfür wird ein massiver Ausbau der Photovoltaik sein. Dieser kann an Neubauten und bei Nutzungsänderungen von der Stadt vorgeschrieben werden, sowie bei bestehenden Gebäuden durch finanzielle Förderung, Beratung und Bewerbung ausgeweitet werden (siehe 3. Stadtplanung und Gebäude).

¹¹ auf N-Ergie bezogen

¹² 2,5% der Landesfläche notwendig für 100% erneuerbare Energieversorgung laut WWF-Studie: ZUKUNFT STROMSYSTEM II – Regionalisierung der erneuerbaren Stromerzeugung

¹³ Siehe Website von FridaysForFuture Deutschland: <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

¹⁴ Siehe World Wide Fund For Nature (2019): ZUKUNFT STROMSYSTEM II – Regionalisierung der erneuerbaren Stromerzeugung, Seite 6/87ff.

3. Stadtplanung und Gebäude

1. Nachhaltige Neubauten und Bestandssanierungen

- Ausrichtung der städtischen Bauleitpläne an Kriterien einer Lebenszyklusrechnung statt kurzfristigen Investitionen zur Sicherstellung von ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit der Bebauung ¹⁵
- Bis spätestens 2025: Vollständige energetische Sanierung des nicht denkmalgeschützten städtischen Baubestands
- Jährliche Sanierungsrate von 8 % nach dem Vorbild Bottrops
- Errichtung einer kostenlosen Beratungsstelle für nachhaltiges Bauen

2. Für Neubauten ab 2020

- Einhaltung der unter 1. genannten Lebenszyklusrechnung
- Errichtung von autofreien, umweltschonenden Neubauvierteln nach dem Quartiersprinzip
- Verpflichtende Ausstattung von Neubauten und bei Nutzungsänderungen mit PV-Anlagen und/oder Begrünung bei gleichzeitiger finanzieller Förderung

3. Flächennutzung

- Bis Ende 2020: Umwandlung von 20% der öffentlichen Parkplätze in Stadtbegrünung oder nachhaltige Begegnungsplätze ¹⁶
- Ab 2021: Jährliche und kontinuierliche Reduzierung der Parkplätze nach Vorbild Kopenhagen
- Flächenversiegelung mindestens auf bundesdeutschen Durchschnitt begrenzen
- Großflächige Entsiegelung von Plätzen
- Kompensation von neu versiegelter Fläche durch Begrünung an anderer Stelle nach Vorbild Dresden

4. Begrünung

- mehr Parks und Grünflächen. Dafür sollen:
 - I. in einem ersten Schritt die selbstgesetzten Vorgaben aus dem „Masterplan Freiraum“ erreicht werden
- Pflanzung von langfristig min. 30.000 Straßenbäume ¹⁷. Dazu soll:
 - I. das gesamte Stadtgebiet systematisch erfasst werden
 - II. ein ganzheitliches Konzept ausgearbeitet werden, dass benachteiligte Stadtgebiete priorisiert und Grünzüge / Kaltluftschneisen schafft

¹⁵ dadurch werden Energieeffizienzstandards in Form von Passiv- oder Plus-Energiehäusern, nachhaltige Baumaterialien, gemeinschaftliches Wohnen, langfristig günstigere Mieten und dauerhafte Wirtschaftlichkeit gefördert

¹⁶ gemeint sind Stadtgärten, Spielplätze oder Fahrradgaragen

¹⁷ Referenzgrößen: „Masterplan Straßenbäume“ vom BUND & Anzahl der Straßenbäume in anderen deutschen Großstädten

Eine der größten Herausforderungen auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität stellt die ökologische Bilanz von Gebäuden dar. Dabei sorgt nicht nur der enorme Heizbedarf, sondern auch der energieintensive Bauprozess für hohe Emissionen im Gebäudesektor. Deswegen ist es dringend nötig, die städtischen Baupläne an einer Lebenszyklusrechnung auszurichten. Eine Lebenszyklusrechnung macht nicht nur die kurzfristig zu erwartenden Kosten für den Bau eines Gebäudes zum Maßstab seiner Wirtschaftlichkeit, sondern alle im Laufe des Gebäudelebens zu erwartenden Kosten. Dies schließt auch die sozio-ökonomischen Folgekosten von CO₂-Emissionen ein, die das Umweltbundesamt auf 180€ pro Tonne CO₂ beziffert.¹⁸ Wird eine solche Lebenszyklusrechnung zur Grundlage der städtischen Baupläne, wird auch auf viele der scheinbar „günstigen“ Lösungen von heute ein neues Licht geworfen. Neuer anzustrebender Standard wäre die klimafreundliche Passivbauweise oder gar PlusEnergiehäuser. Diese erzeugen durch den Einsatz erneuerbarer Energien mehr Energie, als sie selbst verbrauchen.¹⁹ Eine Lebenszyklusrechnung begünstigt zudem CO₂-arme Baustoffe wie Holz gegenüber emissionsintensiven Rohstoffen wie Beton und stellt durch den Einbezug aller zu erwartenden Kosten auch die langfristige Wirtschaftlichkeit der Bauvorhaben sicher.

Ein klimaneutraler Baubestand erfordert zudem eine deutlich höhere Sanierungsrate als bisher angestrebt. Die Energieeffizienzstrategie der Stadt Nürnberg strebt hierbei noch deutlich zu wenig ambitionierte Ziele an²⁰. Eine Sanierungsrate von 8%, wie sie etwa die Stadt Bottrop in NRW vorgemacht hat, wird jedoch nur zu realisieren sein, wenn neben den Anstrengungen der Stadt auch geänderte Vorgaben und Förderungen von Bundes- und Länderebene die Kommune Nürnberg unterstützen. Eine Vorreiterrolle sollte die Stadt dennoch bei der Sanierung der eigenen städtischen Einrichtungen und Gebäude anstreben, die mit Ausnahme des denkmalbeschützten Bestandes bis 2025 saniert werden sollen.

Besonderen Einfluss kann die Stadt auf Neubauten ausüben. Diese sollen ab 2020 nach dem Quartiersprinzip wie in der Vorbildstadt Wien²¹ oder dem französischen Viertel in Tübingen²² errichtet werden. Nach Quartiersprinzip errichtete Stadtviertel ermöglichen es ihren *seinen Bewohner*innen, möglichst viele ihrer täglichen Aufgaben im Quartier zu erledigen, statt in einer nach funktionalen Trennungen geplanten Stadt stets ein anderes Viertel aufsuchen zu müssen. Dadurch werden Wege verkürzt und so der Verkehr entlastet. Zudem ermöglichen sie gemeinschaftliches und damit günstiges Wohnen und stellen durch Grün- und Erholungsflächen die Gesundheit und Entspannung der Stadtbewohner*innen sicher.

Schlüssel zur nachhaltigen Stadtentwicklung ist zudem eine verpflichtende Ausstattung von Neubauten und bei Nutzungsänderung mit Photovoltaik Anlagen und/oder

¹⁸ <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz>

¹⁹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Zukunft Bauen. Effizienzhaus Plus; Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen: Rahmenwerk für „Klimaneutrale Gebäude und Standorte“

²⁰ S. 11, „Energieeffizienzstrategie Stadt Nürnberg 2050“: Ziel ist eine Reduktion von 80% bis 2050

²¹ Siehe Smart City Wien Rahmenstrategie 2019-2050, Seite 73

²² Siehe Website der Stadt Tübingen: https://www.tuebingen.de/franz_viertel#/1608

Grünflächen. Während PV-Anlagen einen wichtigen Beitrag zur Umstellung auf regenerative Energien leisten, speichern begrünte Gebäude CO₂ und entziehen es so dem Treibhauseffekt. Gebäudebegrünung leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Klimaanpassung (siehe Punkt 9 dieses Dokuments).

Für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels muss auch eine andere Nutzung städtischer Flächen diskutiert werden. Ein erster Schritt ist hierbei die Umwandlung von 20% der öffentlichen Parkplätze in nachhaltige Begegnungsplätze oder Grünflächen bis Ende 2020. Nachhaltige Begegnungsplätze sind zum Beispiel Spielplätze, Stadtgärten oder Fahrradgaragen. So wird nicht nur Autofahren weniger attraktiv gemacht, sondern im selben Moment werden auch Alternativen geschaffen und die Lebensqualität der Bürger*innen in anderen Aspekten erhöht. Ab 2021 soll diese Umnutzung von Parkflächen nach dem Vorbild Kopenhagens kontinuierlich vorangetrieben werden. Auch eine Entsiegelung von Flächen kann einen wichtigen Beitrag zu Klimaschutz und Klimaanpassung leisten, denn unversiegelte Flächen sind wichtig für CO₂-Speicherung, Biodiversität und Klimaanpassung. Eine Entsiegelung von öffentlichen Plätzen – wo möglich – sowie eine Begrenzung der Flächenversiegelung auf den bundesdeutschen Durchschnitt bieten hierfür eine Grundlage. Neu versiegelte Fläche muss durch Begrünung an anderer Stelle kompensiert werden.

Auch der soziale Aspekt muss in der Stadtplanung stets mitgedacht werden. Angesichts steigender Mieten bei steigenden Sanierungsraten ist hier auf jeden Fall die Frage der Mietensicherheit und Wohnungsverdrängung betroffen. Dieses Dokument verweist explizit auf die vielfältigen vorliegenden Ansätze zur Begrenzung der Mietpreise. Genauere Ausführungen können Punkt 10 dieses Dokuments entnommen werden.

In Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Klimaschutzes sehen sich Stadtplaner*innen zudem mit Fragen der Umweltgerechtigkeit konfrontiert. Klimabelastung wird oft von Umweltbelastung begleitet, welche meist von den Ärmsten und Benachteiligten ausgebadet werden muss. Als Beispiel zu nennen wären hier beispielsweise Lärm- und Schadstoffbelastungen durch Autoverkehr. Die Folgen reichen von vielfältigen gesundheitlichen Problemen bis zu Störungen der Lernfähigkeit bei Kleinkindern.²³ Weitreichende Stadtbegrünung bietet sich als Maßnahme gegen viele dieser Herausforderungen an, da sie Schadstoffe filtert und Lärm dämmt. Zur Schaffung von ausreichenden Parks und Grünflächen sollten zuerst die selbstgesteckten Ziele aus dem „Masterplan Freiraum“ erreicht werden. Zudem sollen mindestens 30.000 Straßenbäume zur Verbesserung der Luftqualität und Absorption von CO₂ gepflanzt werden sollen. Laut Berechnungen des BUND Naturschutz nimmt Nürnberg nämlich aktuell im Vergleich mit 18 anderen deutschen Städten in Bezug auf die pro-Kopf-Dichte an Straßenbäumen den unrühmlichen letzten Platz ein.²⁴ Voraussetzung dafür ist eine Erfassung des gesamten Stadtgebietes und ein anschließendes Konzept, welches benachteiligte Stadtgebiete priorisiert.

²³ Einen Überblick bieten hier die Ergebnisse des Bundeskongress Umweltgerechtigkeit 2016 mit dem Nürnberger Fallbeispiel des Gesundheitsnetzwerkes St. Leonhard/ Schweinau

²⁴ Siehe: https://nuernberg-stadt.bund-naturschutz.de/fileadmin/kreisgruppen/nuernberg-stadt/Bilder_Dateien/Projekte%20%2B%20Aktionen/Baeume_in_der_Stadt/Projektdokumentation_Strasenbaeume.pdf (Seite 9)

4. Ökologie und Artenschutz

1. Wald und Naturschutz

- Niedermoore im Reichswald wiedervernässen
- bestehende Bäume besser schützen. Das bedeutet:
 - I. Baumschutzverordnung verschärfen: Bäume sollen bereits ab einem Stammumfang von 60 cm (aktuell: 80 cm) geschützt werden
 - II. Wettbewerbsausschreibungen: klare Vorgaben zum Erhalt des Baumbestandes & festgelegte Ausgleichspflanzungen (mit ausreichendem Vegetationsbereich für Sträucher und Bäume) jährlich vor Ort von der Stadt auf sachgemäße Pflege zu kontrollieren
 - III. verbindliche Baumpflege inkl. ausreichender Bewässerung, regelmäßige Kontrolle durch amtliche Stellen
 - IV. mehr markante Bäume als Naturdenkmäler
 - V. mehr Baumpatenschaften als zivilgesellschaftliche Projekte

2. Biodiversität

- Flüsse und Bäche gezielt renaturieren
- Wildblumenwiesen ansäen. Dabei ist folgendes zu beachten:
 - I. nur regionales Saatgut verwenden
 - II. nur auf Leerflächen ansäen

Umwelt- oder Naturschutz und Klimaschutz sind nicht dasselbe. Beim Klimaschutz geht es in erster Linie darum, CO₂-Emissionen zu senken. Dazu sind teilweise auch technische Lösungen notwendig, so bedeutet etwa ein Windrad einen Eingriff in die Natur. Aus diesem Grund kommt es auch von Zeit zu Zeit zu Konflikten zwischen Umweltschützer*innen und Klimaschützer*innen.

Es kann jedoch nur dann gelingen Ökosysteme zu retten und das sechste große Artensterben zu verhindern, wenn wir die Erderwärmung begrenzen. Andererseits können wir die Klimakrise nur dann stoppen, wenn wir die natürlichen Lebensräume wie Wälder oder Moore, die oftmals hervorragende CO₂-Speicher sind, bewahren. Deshalb braucht Umweltschutz Klimaschutz und Klimaschutz braucht Umweltschutz.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Klimakrise unter Kontrolle zu bekommen, ist die Aufforstung und die Bewahrung von Wäldern. Um die Biodiversität zu fördern, ist es zudem sinnvoll, verstärkt Waldstücke aus der kommerziellen Nutzung zu nehmen. Da die um Nürnberg liegenden Wälder vornehmlich von den Bayerischen Staatsforsten betrieben werden, ist der Einflussbereich der Stadt hier leider sehr beschränkt. Aus diesem Grund haben wir keine Forderungen zu diesem Bereich in unsere lokalpolitischen Forderungen aufgenommen. Das heißt keineswegs, dass dieser Bereich zu vernachlässigen wäre, sondern lediglich, dass hier eine andere Akteurin – namentlich der Freistaat Bayern – in die Pflicht zu nehmen ist.

Wenn es um die Klimakrise geht, werden Moore oft vernachlässigt. Dabei sind sie exzellente CO₂-Speicher. Laut einem Bericht der Bundesregierung bedecken sie zwar nur 3 % der Landfläche, speichern aber doppelt so viel CO₂ wie alle Wälder zusammen. Dennoch werden in Deutschland jährlich Moore durch Torfabbau (8 Mio. m³/Jahr) oder Trockenlegung zerstört. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zerstörung von Mooren allein in Deutschland ca. 45 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr verursacht. Das entspricht 5 % der jährlichen CO₂-Emissionen Deutschlands.²⁵ Im Reichswald gibt es etwa rund um den Valznerweiher Potential zur Wiedervernässung von Niedermooren. Von einer solchen Maßnahme profitieren auch seltene Tier- und Pflanzenarten, die sich in den Mooregebieten ansiedeln könnten.

Um bestehende Bäume in der Stadt besser zu schützen, hat die Stadt Nürnberg verschiedene Handlungsoptionen. In einem ersten Schritt muss die städtische Baumschutzverordnung verschärft werden. Aufgrund verstärkt auftretender Hitzesommer ist zudem eine angemessene Pflege eminent wichtig. Um das zu garantieren, soll auch die Zivilbevölkerung einbezogen werden und Baumpatenschaften verstärkt gefördert werden.

Um die Biodiversität zu stärken, müssen ausreichend naturbelassene Flächen in der Stadt zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund soll die Stadt Nürnberg gezielt Bäche und Flüsse renaturieren und dafür proaktiv auf Anwohner*innen zugehen.

²⁵ <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/moore/moore-und-klimawandel/13340.html>

5. Ernährung

1. Ernährung in städtischen Einrichtungen

- Infos über Tierhaltung, Klimabilanz und Gesundheit von Gerichten in Mensen
- primär veganes & vegetarisches Essen
 - I. Ab sofort: zu jeder Mahlzeit min. 1 veganes Gericht
- Lebensmittelbeschaffung in Mensen, bei Veranstaltungen der Stadt und bei Catering nach folgenden Kriterien:
 - I. 1) saisonal, 2) regional (als „frisch“ definieren wg. EuGH), 3) vegan oder vegetarisch 4) den Zero Waste Kriterien entsprechend ²⁶ 5) Bio und 6) fair gehandelt
- Bis 2025: keine Massentierhaltung, möglichst 100 % regional, saisonal, bio & verpackungsfrei sowie 75% vegan & vegetarisch

2. „House of Food“ nach dem Vorbild Kopenhagens

3. Regionale, biologische und solidarische Landwirtschaft und Versorgungsstrukturen fördern

- Ausarbeitung eines Plans, um langfristig möglichst den gesamten Lebensmittelbedarf Nürnbergs nachhaltig und regional zu decken
- Angebot an nachhaltigen Wochenmärkten fördern und ausbauen sowie die allgemeine Unterstützung regionaler Wertschöpfungsketten
- Landwirtschaftliche Betriebe bei der Umstellung auf biologische und solidarische Landwirtschaft finanziell und durch Wissen unterstützen
- Mögliche Maßnahmen:
 - I. Anlaufstelle, die Kontakte und Wissen bereitstellt
 - II. mehr Werbung
 - III. Neubürger*innenkiste

4. Lebensmittelverschwendung beenden

- Ausbau und Unterstützung von Food-Sharing-Netzwerken
- Für Läden: eigener Mülleimer für weggeworfene Lebensmittel
- an zentralen öffentlichen Orten soll die Stadt „Fairteiler“ einrichten, z.B. in Kulturläden

5. Essbare Stadt & offene Gemeinschaftsgärten

- dafür: Bereitstellung von städtischen Brachflächen
- Förderung von weiteren „Urban Gardening“-Projekten

²⁶ Genauer erklärt unter 6. Konsum

Die Ernährung in Deutschland führt laut Bundesumweltministerium pro Kopf zu Treibhausgasemissionen von 1,75 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr. Damit macht sie rund 15% der gesamten Pro-Kopf-Emission aus und liegt nur mit 3% hinter dem Verkehrssektor.²⁷ Folglich ist eine Veränderung im Bereich „Ernährung“ dringend notwendig, um das Pariser Klimaabkommen einhalten zu können. Auf kommunaler Ebene muss deshalb das Ernährungsangebot in den städtischen Einrichtungen nachhaltig verändert und ein neues Bewusstsein durch transparente Informationen geschaffen werden.

Während heute vegetarische oder vegane Tage als „Veggie-Days“ geframt werden und Fleischkonsum als „normal“ bezeichnet wird, müssen wir uns bewusst werden über die schädlichen Auswirkungen der Tierhaltung, die bis zu 80% der Emissionen des Ernährungssektors verursachen.²⁸ Bei der sofortigen Einführung von mindestens einem veganen Gericht pro Tag muss zudem auf Vielfältigkeit geachtet und möglichst diverse, nicht aus reinen Fleischimitaten bestehende, Gerichte müssen angeboten werden.

Außerdem müssen alle städtischen Lebensmittelbeschaffungen mindestens auf die unter 1. aufgeführten Kriterien für eine nachhaltige Ernährung geprüft werden.²⁹ Bei Fischprodukten soll dabei ebenso auf ökologische Kriterien geachtet werden.³⁰ Aufgrund von geringeren Transportwegen verursachen regionale und saisonale Produkte weniger CO₂-Äquivalente. Auch die biologische Erzeugung der Lebensmittel spielt eine große Rolle für den Klima- und Umweltschutz.

2017 war die Landwirtschaft in Deutschland mit 66,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten für ca. 7,3% der gesamten deutschen Treibhausgas-Emissionen des Jahres verantwortlich.³¹ Die tatsächlichen Emissionen sind dabei deutlich höher, da wir unsere landwirtschaftlichen Emissionen zum Teil in andere Länder auslagern.³²

Neben der Freisetzung von CO₂, beispielsweise durch die Degradation von Böden, produziert die konventionelle Landwirtschaft das durch Tierhaltung entstehende Treibhausgas CH₄ (Methan) und das noch schädlichere, vor allem bei Düngung frei werdende N₂O (Lachgas).

Darüber hinaus gilt die konventionelle Landwirtschaft als der wichtigste Faktor für das heute zu beobachtende Artensterben, indem beispielsweise Böden, durch unnatürliche Düngung, und die Umwelt, durch den Einsatz von Ackergiften, zerstört werden.³³

Für die Einhaltung des 1,5 Grad Ziels und die Erhaltung der Artenvielfalt ist also eine Umstellung der konventionellen Landwirtschaft auf eine ökologische³⁴ essenziell.

²⁷ Siehe: <https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/lebensmittel-ernaehrungsgewohnheiten-und-ihre-klimabilanz/>

²⁸ Siehe: <https://www.pnas.org/content/early/2016/03/16/1523119113>

²⁹ Besagte Kriterien sind rechtlich nach dem Vergaberecht möglich:
https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfaden_V4_verlinkt.pdf (ab S.12)

³⁰ Dabei soll der „Code of Conduct for Responsible Fisheries“ beachtet werden.

³¹ Siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-1>

³² Beispielsweise durch die Beziehung von Futtermitteln ohne Biosiegel aus Brasilien.

³³ Siehe: <http://www.umweltinstitut.org/themen/landwirtschaft/artensterben.html>

³⁴ Anbau nach den Kriterien der sog. „BÖLW“-Mitglieder

Damit Mensen eine Umstellung ihres Angebots ohne eine spürbare Kostenerhöhung erfüllen können, bedarf es der Errichtung eines „House of Food“ nach dem Vorbild Kopenhagens. Dort konnte ein Bioanteil von 90% ohne finanzielle Belastungen erreicht werden.³⁵ Ernährungscoaches begleiten die Mensen dabei z.B. neue, kreative Gerichte zu finden und Essen neu wertzuschätzen. Auch bedarf es umfangreicher Ernährungsbildungsangebote für alle Bürger*innen.

Um die Landwirt*innen mitzunehmen, müssen sie bei der Umstellung auf eine biologische Landwirtschaft die nötige Unterstützung erfahren. Neben der Unterstützung durch finanzielle Mittel muss die Stadt einen weitreichenden Plan entwerfen, wie Nürnberg künftig möglichst den gesamten Lebensmittelbedarf der Stadt regional und durch biologische Landwirtschaft decken kann, und in den konstruktiven Dialog mit Landwirt*innen treten. Um auch in die Gesellschaft hineinzuwirken, soll die Stadt das Angebot der Nürnberger Wochenmärkte fördern. Wichtig sind dabei vor allem ein nachhaltiges Angebot aus biologischem, regionalem Anbau und die Möglichkeit für möglichst viele Menschen auf dem Wochenmarkt einzukaufen, sowie auch hier die Unterstützung von Landwirt*innen. Mögliche Maßnahmen sind dabei die Überprüfung der Eignung eines „Marktschwärmers“ oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten, um einen Verkauf auch außerhalb der aktuellen Zeiten (d.h. vormittags und damit mit vielen Berufen nicht vereinbar) zu ermöglichen. Allgemein müssen Vermarktungsstrukturen für biologische kleinbäuerliche Betriebe ausgebaut werden. Darüber hinaus bedarf es einer verstärkten Förderung der solidarischen Landwirtschaft. Dabei kann die Stadt beispielsweise eine Neubürger*innen Kiste einführen, um Neu-Zugezogenen solidarische Landwirtschaft von Beginn an näher zu bringen.

Außerdem von großer Wichtigkeit ist die Beendigung der Lebensmittelverschwendung. Jährlich landen in Deutschland über 18 Mio. Tonnen Lebensmittel im Müll³⁶ und dem IPCC Bericht zufolge werden 25-30% der produzierten Lebensmittel weggeschmissen oder gehen verloren.³⁷ Auch in Anbetracht der Tatsache, dass weltweit 821 Mio. Menschen an Hunger leiden,³⁸ ist dies nur schwer ertragbar.

Durch konsequente Maßnahmen muss diese enorme Verschwendung beendet werden. In Nürnberg bestehen schon ehrenamtliche „Food-Sharing“-Strukturen, doch auch die Stadt sollte ihren Beitrag leisten und diese Netzwerke unterstützen und ausbauen. Auch in öffentlichen Einrichtungen muss die Lebensmittelverschwendung deutlich reduziert werden. Darüber hinaus sollen für Läden extra Tonnen für Lebensmittel eingeführt werden. Außerdem soll Nürnberg sich auf höherer Ebene für die Legalisierung von Containern einsetzen. Auch gibt bzw. gab es bereits sogenannte „Fairteiler“ (öffentliche Orte, um Lebensmittel zu teilen), die jedoch teilweise aus verschiedenen Gründen geschlossen werden mussten. Wir fordern die Stadt auf die nötige Logistik für Fairteiler zu errichten, etwa durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und/oder Kühlschränken.

³⁵ Siehe: <https://www.kbhmadhus.dk/english/aboutus>

³⁶ Siehe: https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfaden_V4_verlinkt.pdf (S.17)

³⁷ Siehe: https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/4/2019/12/02_Summary-for-Policymakers_SPM.pdf (S.5)

³⁸ Siehe: <http://www.fao.org/3/ca5162en/ca5162en.pdf>

6. Konsum (Ressourcenverbrauch und Abfall)

1. Nürnberg soll „Zero Waste“-Stadt werden

- Das beinhaltet u.a. ³⁹:
 - I. Mittelfristig: Reduzierung auf max. 75 kg Müll pro Einwohner*in pro Jahr
 - II. Alle Veranstaltungen, auf die die Stadt Einfluss hat, müssen „Zero Waste“-Kriterien entsprechen und übrige Lebensmittel „Foodsharing“-Netzwerken zur Verfügung gestellt werden
 - III. Recycling-Quote an Zero Waste Europe Forderung anpassen: 80-90%

2. Konzept für plastikfreies Nürnberg entwickeln

3. öffentliche Mülltrennung fördern & verbessern

- Standardmäßige Mülleimer mit integrierter Mülltrennung

4. Feuerwerke in Nürnberg stark reduzieren. Das bedeutet:

- Zentrale Lichtshow an Sylvester und Verbot von privaten Feuerwerken
- Die Stadt soll sich Alternativen überlegen und mit Veranstalter*innen sprechen

³⁹ Weitere Details sind den Konzepten von BluePingu, Zero Waste Europe und Zero Waste Köln zu entnehmen

Auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen ist es von größter Notwendigkeit, mit den uns zur Verfügung stehenden Rohstoffen so nachhaltig wie möglich umzugehen. In unserer heutigen konsumorientierten Wegwerfgesellschaft sind wir davon jedoch leider weit entfernt. So lag allein das Pro-Kopf Aufkommen an Haushaltsabfällen in Deutschland im Jahr 2018 bei rund 455kg.⁴⁰

Deswegen muss Nürnberg jetzt handeln und „Zero Waste“-Stadt werden. Dafür muss der Anteil an nicht-recyclebarem Abfall deutlich reduziert werden, der Anteil an recyclebarem Müll dagegen verbessert und eine Kreislaufwirtschaft angestrebt werden. Dabei sollen jedoch beide Abfallsorten kontinuierlich sinken. Die Stadt soll nach dem „Reduce, reuse, recycle“ Gedanken vorgehen. Die „Zero Waste Europe“-Plattform formuliert dafür Kriterien und unterstützt Städte auf dem Weg.⁴¹ In Nürnberg existiert außerdem bereits das „bluepingu“ Projekt „Zero Waste Helden“, die sich mit der Vision einer müllfreien Stadt beschäftigen und bereits weitreichende, mögliche und vor allem nötige Maßnahmen nennen.⁴² Wichtig sind dabei sowohl konkrete Schritte zum Umgang mit Müll als auch intensive Informationsarbeit.

Die unter „Unternehmen“ aufgelisteten Maßnahmen⁴³ sollen darüber hinaus bestmöglichst auf städtische Veranstaltungen angewandt und an die jeweiligen Veranstaltungen angepasst werden, um auch hier Müllvermeidung zu garantieren. Dabei ist auch eine Zusammenarbeit mit „Foodsharing“-Netzwerken denkbar.

Auch die „Zero Waste Köln“-Plattform bietet ausführliche Handlungsmöglichkeiten, die ergriffen werden sollen, um Nürnberg nachhaltig zu gestalten.⁴⁴ Andere Städte wie San Francisco können darüber hinaus als Vorbilder dienen.

Mittelfristig fordern wir eine Reduzierung des anfallenden Mülls auf 75kg pro Einwohner*in pro Jahr (siehe Konzept „Zero Waste Europe“). In Treviso konnte die Menge an Müll sogar auf 53kg pro Einwohner*in im Jahr gesenkt werden.⁴⁵ Auch die Recyclingquote muss an die „Zero Waste Europe“ Forderungen von 80-90% angepasst werden. Allgemein ist eine transparentere Müllentsorgung nötig, um die aktuelle Recyclingquote genau feststellen zu können. Das bedeutet auch eine Überarbeitung der Verträge mit den Abfallwirtschaftsunternehmen, um Recycling finanziell zu belohnen. Bestenfalls wird nur mit einer Vertragspartnerin gearbeitet (vgl. San Francisco) oder die Mülltrennung wieder in kommunale Hand überführt, damit Umweltschutz immer vor wirtschaftlichen Aspekten gedacht wird.

Neben allgemeinen Maßnahmen, um Zero Waste City zu werden, muss Nürnberg vor allem ein Konzept entwickeln, um gänzlich plastikfrei zu werden. Schließlich greift Plastik in Ökosysteme – sowohl auf dem Land als auch im Meer – ein und führt zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen und dem Tod von Tieren. Darüber hinaus

⁴⁰ Siehe: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Umwelt/Abfallwirtschaft/_inhalt.html

⁴¹ Siehe: <https://zerowastecities.eu/>

⁴² „bluepingu“ ist ein gemeinnütziger Verein Nürnbergs mit dem Ziel nachhaltiger Verbesserungen unserer Lebensbedingungen. „bluepingu“ versteht sich als Teil des globalen Transition Town Netzwerkes. Mehr Infos: <https://www.bluepingu.de/ueber-bluepingu>

⁴³ <https://www.zero-waste-helden.de/unternehmen/>

⁴⁴ <https://www.zerowastekoeln.de/politik/schritte-zur-zero-waste-stadt/>

⁴⁵ <https://zerowasteurope.eu/> (Seite 47)

werden ca. 99% des Plastiks aus fossilen Rohstoffen gewonnen und verstärken damit die Klimakrise. In Anbetracht der aktuell prognostizierten Wachstumsrate der Produktion von Kunststoffen werden dabei bis 2050 zwischen 10-13% des weltweiten Kohlenstoffbudgets verbraucht, ohne beispielsweise die Waldrodungen für neue Bohrfelder zur Ölgewinnung für die Plastikproduktion einzubeziehen.⁴⁶

Um die geforderte Recyclingquote in ganz Nürnberg zu erreichen und Mülltrennung zu fördern, fordern wir in ganz Nürnberg standardmäßige Mülleimer mit integrierter Mülltrennung. Damit sind Mülleimer mit mehreren Unterteilungen gemeint, um Abfall korrekt trennen zu können.

Zudem fordern wir eine starke Reduzierung aller Feuerwerke Nürnbergs. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Zum einen stellen Feuerwerke aufgrund der hohen, gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung eine Gefahr für Mensch und Tier dar. Auch der entstehende Plastikmüll ist ein großes Problem und mit dem Konzept der Zero Waste City und dem Plan „Plastikfreies Nürnberg“ nicht zu vereinbaren. Allein in den fünf größten Städten Deutschlands werden zu Neujahrsbeginn rund 191 Tonnen Abfall eingesammelt.⁴⁷ Alternativ zu privaten Feuerwerken kann eine zentrale, von der Stadt angebotene, mit erneuerbaren Energien betriebene Lichtshow eingeführt werden.

Auch bei Veranstaltungen wie Kirchweihen oder dem Nürnberger Volksfest soll zukünftig auf Feuerwerke verzichtet werden. Dafür soll die Stadt in den Dialog mit den Veranstalter*innen treten und umweltfreundliche Alternativen durchsetzen.

⁴⁶https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/chemie/chemie_plastikatlas_2019.pdf (ab Seite 26)

⁴⁷https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/hgp_wenn_die_luft_zum_schneiden_ist_2019.pdf

7. Stadtverwaltung, städtische Einrichtungen & Kommunalwirtschaft

1. Klimaneutralität bis 2030
2. Sofort ALLES Städtische auf Ökostrom umstellen
3. Beschaffung und Konsum der Stadt muss nachhaltig sein
4. Dienstfahrrad, Bahncards und VGN-Tickets statt Dienstwagen
5. Überprüfung aller städtischen Gebäude auf Nutzbarkeit für Solarenergie oder Grünflächen auf Dächern
6. keine klimaschädlichen Wertanlagen
 - dabei soll auch der Einfluss auf die kommunalen Unternehmen wie die Sparkasse geltend gemacht werden

Das Hauptziel der Stadt Nürnberg muss ein Erreichen der Netto-Null zum Jahr 2035 sein. Um dieses Ziel zu erreichen und dabei gleichzeitig ihren Bürger*innen ein Vorbild zu sein, ist es notwendig, dass die Stadt inklusive ihrer Einrichtungen und der dazugehörigen Kommunalwirtschaft (Sör, ASN, etc.) bereits **2030 Klimaneutralität** erreicht.

Dafür muss die Stadt sofort alle ihr zugehörigen Einrichtungen und kommunalwirtschaftlichen Betriebe auf 100% Erneuerbare umstellen. Auch die weiteren oben aufgeführten Maßnahmen müssen so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist das Divestment. Darunter versteht man den Abzug von Kapital aus Unternehmen, die in der fossilen Energiewirtschaft (Extraktion, Verarbeitung, Vertrieb) tätig sind. Aus dem Jahresabschlussbericht der Stadt Nürnberg ergibt sich, dass die Stadt zum Ende des Jahres 2018 insgesamt Wertanlagen in Höhe von 18,5 Millionen Euro besaß.⁴⁸ Die Stadt soll sich vertraglich verpflichten, sämtliche Investitionen aus fossilen Energieunternehmen abzuziehen. Auch Wertanlagen, die nicht direkt die fossile Industrie unterstützen, sollen auf ihre Klimaschädlichkeit und darüber hinaus auf ihre Konformität mit der Einhaltung von Menschenrechtsstandards getestet werden. Mit einer Verpflichtung zu Divestment würde die Stadt Nürnberg dem Vorbild von Münster, Stuttgart, Berlin, Bremen, Göttingen, Freiburg, Leipzig, Oldenburg und vielen anderen Kommunen, Unternehmen, Pensionsfonds und Universitäten weltweit folgen.

Zudem bildet die Stadt Nürnberg zusammen mit dem Landkreis Nürnberger Land, der Stadt Hersbruck, der Stadt Lauf a.d. Pegnitz, der Stadt Röthenbach a.d. Pegnitz und dem Markt Schnaittach die kommunale Trägerkörperschaft der Sparkasse Nürnberg. Im Rahmen dieser Funktion und der Funktion des*der Oberbürgermeister*in als Vorsitzende*r des Verwaltungsrats soll sich die Stadt Nürnberg dafür einsetzen, dass auch die Sparkasse Nürnberg sich dem Divestment verpflichtet.

Die Sparkasse Nürnberg bezeichnet sich selbst als „nicht in erster Linie gewinn-, sondern gemeinwohlorientiert“⁴⁹ und verspricht weiterhin gemäß dem „Aktionsplan: Finanzierung nachhaltigen Wachstums“ der EU-Kommission, „die Kapitalflüsse auf nachhaltige Investitionen umzulenken, um ein nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen; finanzielle Risiken, die sich aus dem Klimawandel, der Ressourcenknappheit, der Umweltzerstörung und sozialen Problemen ergeben, zu bewältigen“.⁵⁰ Zwar darf die Sparkasse im Aktivgeschäft „wegen des gesetzlichen Versorgungsauftrags keine Ausschlüsse“⁵¹ vornehmen. Für das Passivgeschäft und Eigenanlagen bestehen diese Möglichkeiten aber durchaus. Diese Möglichkeiten müssen folglich dringend ausgeschöpft werden.

⁴⁸ https://www.nuernberg.de/imperia/md/stadtfinanzen/dokumente/kurzubersicht_jahresabschluss_2018.pdf

⁴⁹ Siehe: <https://www.sparkasse-nuernberg.de/content/dam/myif/spk-nuernberg/work/dokumente/pdf/allgemein/ihre-sparkasse/Final-Nichtfinanzieller-Bericht-2018.pdf> (Seite 6)

⁵⁰ Siehe: <https://www.sparkasse-nuernberg.de/content/dam/myif/spk-nuernberg/work/dokumente/pdf/allgemein/ihre-sparkasse/Final-Nichtfinanzieller-Bericht-2018.pdf>

⁵¹ Siehe Dokument oben Seite 12

8. Demokratie & Zivilgesellschaft

1. Ausrufung des Klimanotstands

2. Transparenz

- Der*die Bürgermeister*in soll der Öffentlichkeit mindestens einmal jährlich transparent & nachvollziehbar über den Fortschritt des Klimaschutzes berichten
- Ein verpflichtend öffentlich einsehbares Lobbyregister auf kommunaler Ebene soll eingerichtet werden
- Errichtung einer digitalen Plattform nach dem Vorbild von „abgeordnetenwatch.de“ zur Befragung von Stadträt*innen und der Stadtverwaltung

3. Bürger*innenbeteiligung:

- Bürger*innenversammlung mit Jugendanteil, um demokratische Teilhabe zu fördern nach dem Vorbild Danzigs. Eine solche Bürger*innenversammlung funktioniert folgendermaßen:
 - I. ab einer bestimmten Anzahl an Unterschriften kann eine Bürger*innenversammlung zu einem bestimmten Thema einberufen werden
 - II. Die Mitglieder werden gelost. Dies geschieht nach demographischen Kriterien, sodass jede Gruppe repräsentiert wird
 - III. Die Mitglieder beschäftigen sich über einen längeren Zeitraum mit einem bestimmten Thema und entwickeln gemeinsam Lösungsansätze. Dabei stehen ihnen unabhängige Expert*innen zur Seite
 - IV. alle Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen können ihre Anliegen an die Bürger*innenversammlung herantragen
 - V. Die Bürger*innenversammlung schlägt Maßnahmen vor. Diese sind wenn möglich im Konsens zu treffen
 - VI. Die Vorschläge der Bürger*innenversammlung sind rechtlich nicht bindend, allerdings muss die Politik ausführlich begründen, falls sie diese ablehnt

4. Klimarat einberufen

- legt Maßnahmen vor, Politik muss sich mit diesen auseinandersetzen und darüber abstimmen
- vorgeschlagene Maßnahmen orientieren sich am 1,5 Grad Ziel
- besteht aus Wissenschaftler*innen und Expert*innen

5. Bildung

- über systemische Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise aufklären + Alternativen aufzeigen
- Aufklärung insbesondere über Mobilität, Ernährung und Mülltrennung
- in Schulen: Vorträge von Organisationen oder verstärkt Projekttag zu Klima-, Umweltschutz, Demokratie, Menschenrechten, soziale Themen etc.
- Kochkurse für nachhaltige Ernährung
- bestimmter Anteil an Bildungskursen sollte sich mit Nachhaltigkeit beschäftigen
- Stadtbibliothek kostenlos und Bildungscampus günstiger

6. mehr kulturelle Begegnungs- und Freiräume fördern z.B. durch zivilgesellschaftliche Nutzung von Leerständen

7. Sicherer Hafen

- Das beinhaltet: keine Abschiebungen von Geflüchteten vom Nürnberger Flughafen

8. Aufbau einer kommunalen Klimapartnerschaft

- Möglich ist das z.B. über „Engagement Global“ (im Auftrag des BmZ)
- Als Vorbild kann hierbei Würzburg/Mwanza (Tansania) dienen

9. Einrichtung eines Klimafonds

- Fördermittel für Solaranlagen, Lastenräder, Renovierungsmaßnahmen etc.

Erläuterungen

Demokratie ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. „Fridays for Future“ ist eine basisdemokratische Bewegung und Demokratie ist als Wert in unserer Bewegung unumstößlich verankert.

Die Auswirkungen der Klimakrise werden Konfliktrisiken in vielen gesellschaftlichen Bereichen erhöhen. Auch um diesen möglichen Folgen zu begegnen ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft und unserer Demokratie dringend erforderlich. Das erfordert Mechanismen, die den Parlamentarismus transparenter machen, sowie neue Institutionen, die ihn ergänzen und basisdemokratische Partizipation ermöglichen.

Wir möchten in keinster Weise die Demokratie aushebeln, sondern fordern vielmehr eine Stärkung und Ausweitung unserer Demokratie. Die Ausrufung des Klimanotstands dient einzig und allein der Anerkennung der aktuellen Krise als solche.

Wir fordern Bürger*innenversammlungen als deliberativen Zusatz zur heutigen Demokratie. Dabei versammeln sich Bürger*innen um Entscheidungen zu treffen. Die Umsetzung ist für den Stadtrat nicht verpflichtend, allerdings muss der Vorschlag im Stadtrat diskutiert werden und bei Ablehnung eine ausführliche Begründung erfolgen. Die Teilnehmer*innen werden auf der Basis eines Losverfahrens ermittelt, das eine repräsentative Zusammensetzung aller Milieus und Alter garantiert.

Bürger*innenversammlungen sind eine Möglichkeit, die schon in einigen Ländern und Kommunen mit großem Erfolg erprobt wurden.

„Die Leute sind sehr dankbar hierfür. Sie waren ihr ganzes Leben lang Bürger*innen, aber sie wurden nie aufgefordert etwas Wichtiges zu tun, um einen Beitrag zu leisten. Dies fühlt sich wichtig an.“

*Marcin Gerwin, Koordinator der Bürger*innenversammlung in Danzig*

Leider scheitert Klimaschutz oft nicht nur an Unwissenheit, sondern immer wieder auch an einem undemokratischen und intransparenten System der Lobbyarbeit. Politiker*innen werden zu wenig von der Wissenschaft beraten, während Lobbyist*innen einen zu großen Einfluss auf die klimapolitischen Entscheidungen haben. Wir wollen deshalb, dass die Stadt Nürnberg einen unabhängigen Klimarat aus Wissenschaftler*innen zusammenstellt, der den Stadtrat berät. Außerdem sind verpflichtende und öffentlich einsehbare Lobbyregister auch für Nürnberg dringend erforderlich, um mehr Transparenz zu schaffen. Die Möglichkeit gebündelt Fragen nach Vorbild von „abgeordnetenwatch.de“ an die Stadt zu richten, wie es in Stuttgart und fünf anderen deutschen Städten schon geschieht, soll umgesetzt werden.

Wir wollen den Zusammenhalt stärken und miteinander das 1,5-Grad-Ziel erkämpfen. Dafür braucht es nicht nur mehr öffentliche Plätze, sondern auch kulturelle Begegnungsorte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die einen friedlichen Austausch fördern. Wir sehen die Krise als wunderbare Chance ein Zusammenleben zu gestalten, in dem wir uns und der Natur mit Achtsamkeit begegnen und Entscheidungen miteinander getroffen werden.

Wir alle müssen ein besseres Bewusstsein für die Umwelt entwickeln. Dafür muss der Zugang zu Bildung für alle garantiert werden. Ein wesentlicher Bestandteil ist es deshalb die Gebühren für die Stadtbibliothek mit sofortiger Wirkung wieder abzuschaffen. Auch zusätzliche kostenlose politische Bildungsangebote müssen ausgebaut werden.

Klimagerechtigkeit bedeutet für eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen einzustehen. Wir sind überzeugt, dass alle Menschen, die ihre Heimat verlassen und dabei ihr Leben riskieren, dies nicht grundlos tun. Am extremsten sind aktuell die jährlich 20 Millionen Geflüchteten von der Klimakrise betroffen.⁵² Sie fliehen vor Auswirkungen der Klimakrise wie Extremwetterkatastrophen oder Nahrungsmittelunsicherheit. Dazu können sie sich aufgrund mangelnder wirtschaftlicher Stärke wenig gegen das Klima schützen und trotzdem schiebt auch Nürnberg von seinem Flughafen aus immer wieder Menschen in Krisengebiete ab.

Deutschland ist historisch gesehen eine Hauptverantwortliche für die Klimakrise und stößt noch immer einen überproportional hohen Anteil an CO₂-Emissionen aus. Deswegen sollte Deutschland besondere Verantwortung für die Folgen der Klimakrise übernehmen. Kommunale Klimapatenschaften mit Städten des Globalen Südens bieten dazu eine hervorragende Möglichkeit, um Menschen vor Ort zu unterstützen, die schon heute unverschuldet unter den Folgen der Klimakrise leiden.

⁵² https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/klimafluechtlinge_endv_0.PDF

9. Klimaanpassung

Einige Forderungen zum Klimaschutz aus vorherigen Abschnitten werden hier als Maßnahmen zur Klimaanpassung erneut genannt

1. **Klimaanpassung durch grüne Infrastruktur zur Kühlung, Befeuchtung und Verschattung**
 - Verpflichtende Ausstattung von Neubauten und bei Nutzungsänderungen mit Begrünung (und/ oder PV-Anlagen) bei gleichzeitiger finanzieller Förderung
 - Verschattung durch Begrünung von öffentlichen Plätzen und Gehwegen
 - mehr Parks und Grünflächen. Dafür sollen:
 - I. in einem ersten Schritt die selbstgesetzten Vorgaben aus dem „Masterplan Freiraum“ erreicht werden
 - Pflanzung von langfristig min. 30.000 Straßenbäume⁵³. Dazu soll:
 - I. das gesamte Stadtgebiet systematisch erfasst werden
 - II. ein ganzheitliches Konzept ausgearbeitet werden, dass benachteiligte Stadtgebiete priorisiert und Grünzüge / Kaltluftschneisen schafft
2. **Schaffung von Versickerungsflächen zum Schutz vor Starkregen**
 - Flächenversiegelung mindestens auf bundesdeutschen Durchschnitt begrenzen
 - Großflächige Entsiegelung von Plätzen
 - Kompensation von neu versiegelter Fläche durch Begrünung an anderer Stelle
3. **Schutz verwundbarer Menschen und bestehender Ökosysteme**
 - öffentliche Trinkwasserspender zur Hitzeanpassung (und Plastikvermeidung)
 - Parks und Wälder durch neue Baumarten klimafest gestalten
 - I. vorzugsweise sind dafür heimische Baumarten zu pflanzen
4. **Erarbeitung eines integrativen Konzepts zur beidseitigen Berücksichtigung von Klimaschutz und Klimaanpassung**

⁵³ Referenzgrößen: „Masterplan Straßenbäume“ vom BUND & Anzahl der Straßenbäume in anderen deutschen Großstädten

Schon heute stellen Hitze, Trockenheit, Schadstoffbelastungen und weitere Gefahren wie Starkregen nach Unwettern in Bayern große Herausforderungen dar. Städte sind von diesen Auswirkungen des Klimawandels besonders betroffen. Dichte Bebauung und ein hoher Anteil an versiegelten Flächen heizen Städte zusätzlich auf, zudem lassen sie Stadtgebiete nachts schlechter abkühlen. Die Anzahl der heißen Tage in Nürnberg wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten als Folge der globalen Erwärmung signifikant ansteigen.⁵⁴ Dies stellt ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung dar.

Die Reduktion unserer Treibhausgasemissionen bleibt auch angesichts drohender Auswirkungen nach wie vor unerlässlich. Dennoch empfiehlt es sich, die Bedingungen von morgen schon jetzt in die Planungen von heute einfließen zu lassen. Klimaanpassung möchte deswegen den Umgang mit den Auswirkungen des kommenden Klimawandels sichern und so die Bevölkerung schützen.

Zentral für dieses Unterfangen ist der Aufbau einer „grünen Infrastruktur“. Pflanzen schützen das Klima nicht nur durch die Aufnahme von CO₂, sondern wirken sich auch indirekt in vielerlei Hinsicht positiv auf das lokale Mikroklima aus. Durch Verschattung von Gebäuden, Höfen oder Gehwegen sowie Verdunstung können sie die Temperatur in Städten spürbar abkühlen. Neben der großflächigen Begrünung bestehender und neugeschaffener Gebäude können hier insbesondere Straßenbäume und Grünzüge für Schatten, Schadstoffminderung und erholsame Stadtbelüftung sorgen. Dies ist aus Aspekten der Umwelt- und damit der sozialen Gerechtigkeit insbesondere in eng bebauten, dichten Stadtgebieten nötig.

Zudem dienen Grünflächen auch der Versickerung. Bei zunehmendem Starkregen und Überflutungen sind Grünflächen dringend nötig, um Wasser aufzunehmen und so die Kanalisation zu entlasten. Nürnberg weist im deutschlandweiten Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Versiegelungsgrad auf,⁵⁵ eine Entsiegelung öffentlicher Plätze (wo möglich) kann hier helfen. Jede neue Versiegelung muss zudem durch Begrünung oder Entsiegelung an anderer Stelle kompensiert werden.

Einige Bevölkerungsgruppen werden von den Auswirkungen der Klimakrise überproportional betroffen sein. Neben der bereits erwähnten besonderen Aufwertung eng bebauter Gebiete trifft dies auch auf körperlich schwache Menschen zu. Um diesen das alltägliche Leben zu erleichtern, müssen an öffentlichen Plätzen für heiße Tage neben Bänken auch Trinkwasserspender errichtet werden.

Zuletzt müssen in Zukunft die Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung stets gemeinsam gedacht werden. Eine integrative Herangehensweise an Klimaanpassung und Klimaschutz verspricht Symbiosen der beiden Bereiche, ohne bei möglicher Konkurrenz einen Aspekt außen vor zu lassen. Ein solches integratives Konzept muss deswegen dringend erarbeitet und insbesondere bei den künftigen Maßnahmen zur Begrünung Berücksichtigung finden.

⁵⁴ Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, Klimaanpassungsstrategie 2016, Seite 22

⁵⁵ <https://www.gdv.de/de/medien/aktuell/muenchen-ist-die-am-staerksten-versiegelte-grossstadt-36418>

10. Vermeidung und Verringerung sozialer Härten

1. Integration der sozialen Frage, in den von ihr tangierten klimapolitischen Bereichen
 - wie werden niedrige Mieten auch bei steigenden Sanierungsraten gewährleistet?
 - wie wird der ÖPNV für alle erschwinglich?
 - wo sind Klimaanpassungsmaßnahmen am dringendsten notwendig?
 - ...
2. Gegenfinanzierung für die Entlastung niedriger und geringer Einkommen
 - direkt auf Kommunalebene: zum Beispiel durch eine Gegenfinanzierung des ÖPNVs und des Radnetzes durch eine Erhöhung der Parkgebühren
 - auf Bundesebene: durch Zuschüsse aus angemessenen CO₂-Abgaben (siehe Schweiz⁵⁶) und durch Umsetzung der vorliegenden verteilungspolitischen Maßnahmen
3. Durchdachte Begleitung der Klimaschutzmaßnahmen von Sozialverträglichkeitsanalysen
4. Umsetzung der bereits vorliegenden sozial gerechten Klimaschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel:
 - Sofortige Einführung des 365€ Tickets für alle sowie kostenloser ÖPNV in der Innenstadt und überall an Samstagen
 - Ausbau der Fahrradinfrastruktur wie unter dem Punkt „Mobilität“ vorgeschlagen
 - Förderung von PV-Anlage zur autonomen Energieversorgung sowie von Begrünung zur Klimaregulierung und – anpassung
 - Erhöhung der Partizipationsmöglichkeiten wie unter dem Punkt „Demokratie & Zivilgesellschaft“
 - ...

⁵⁶ <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik/co2-abgabe/rueckverteilung-der-co2-abgabe.html>

Klimaschutz muss stets sozial gerecht vonstattengehen. Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels darf nicht auf dem Rücken derjenigen ausgetragen werden, die am wenigsten zu der aktuellen Krise beigetragen haben. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern laufen in einem politisch gesteuerten Prozess sauber nebeneinander ab.

Deswegen muss die soziale Frage bei jeglichen klimapolitischen Themen immer mitgedacht werden. Obwohl eine gesteigerte Sanierungsrate zur Einhaltung der Pariser Klimaziele unabdinglich ist, müssen hier gleichzeitig die Fragen nach Miet- und Wohnsicherheit mitgedacht sowie Maßnahmen zur Mietstabilisierung oder Senkung eingeleitet werden. Möglicherweise sozial ungerechte Maßnahmen können und sollen durch Sozialverträglichkeitsanalysen begleitet und angepasst werden. Diese Denkweise muss in allen betroffenen Bereichen verankert werden. Diese sind so zahlreich, dass das vorliegende Dokument keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Maßnahmen, die untere Einkommensschichten finanziell belasten, müssen von entsprechenden Gegenmaßnahmen begleitet werden. Hierbei können günstige Alternativen wie ÖPNV und Radverkehr durch den Motorisierten Individualverkehr direkt gegenfinanziert und somit sozial gerecht gestaltet werden. Ebenso sollten Steuern auf Treibhausgase wie die CO₂ Steuer nach Vorbild Schwedens oder der Schweiz sozial gerecht und somit gleichmäßig an alle Bürger*innen zurückgezahlt werden. Auch weitere verteilungspolitische Maßnahmen sind denkbar und liegen in vielerlei Form seit Jahren vor. Klar ist aber auch, dass solche Maßnahmen nur von der Bundesregierung und nicht vom Stadtrat selbst durchgesetzt werden können.

Zudem bietet dieses Papier bereits eine Vielzahl an Maßnahmen, die sowohl klimapolitisch sinnvoll als auch sozial gerecht sind. Dazu zählen neben dem 365€-Ticket und der Förderung von PV-Anlagen zur autonomen Energieversorgung viele weitere Maßnahmen, die alle den vorliegenden Forderungen entnommen werden können.

Abschließend lässt sich zudem sagen, dass auch Klimaschutz selbst bereits eine sozial gerechte Komponente in sich trägt. Unsere gegenwärtigen CO₂-Emissionen können wir nur auf Kosten anderer Menschen und insbesondere auf Kosten der zukünftigen Generationen derart unbeschwert emittieren. Verfehlen wir unsere Klimaziele, belasten wir die kommenden Generationen mit ungerechten und unnötigen Kosten für Klimaschutz und Klimaanpassung. Allein im Jahr 2018 starben über 1.000 Menschen in Deutschland infolge der Hitzewellen.⁵⁷ Auch in den kommenden Generationen werden es die Ärmsten und Schwächsten sein, die die Folgen der Klimakrise am schlimmsten ausbaden müssen werden. Dies befreit uns keineswegs von der dringlichen Aufgabe, auch im Jetzt Klimaschutz sozial gerecht zu gestalten. Aber es zeigt auch, dass die Unterlassung von Klimaschutz ebenso wenig sozial gerecht sein kann wie eine Ignoranz für kommende soziale Härten.

Lasst uns also Klimaschutz schon jetzt sozial gerecht gestalten, um weder die Menschen von morgen noch die Menschen von heute mit ihren Nöten im Stich zu lassen!

⁵⁷ <https://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/heisser-sommer-2018-mehr-als-tausend-tote-durch-hohe-temperaturen-a-1271339.html>

Was uns noch zu sagen bleibt...

Beim Erarbeiten dieser Forderungen haben wir viel gelernt. Die wohl größte Lehre, die wir aus dem Entstehungsprozess gezogen haben, ist die, dass es viele ermutigende Beispiele gibt von mutigen Städten, die unglaubliche Ziele erreicht haben:

- Bottrop: 8% jährliche Sanierungsrate
- Treviso: Reduzierung des Pro-Kopf-Müllaufkommens auf 53 kg
- Augsburg: emissionsfreier ÖPNV
- Kopenhagen: vorbildliches Radwegenetz und jährliche Parkplatz-Reduktion
- Bayreuth (Stadtwerke): 100 % Erneuerbare

Das alles hat uns gezeigt, dass Veränderungen auch auf kommunaler Ebene möglich sind. Entscheidend sind der politische Wille und ein couragiertes, beherztes Handeln.

Uns ist auch klarer geworden wie die nötige Transformation aussehen müsste, um das 1,5-Grad-Ziel und Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen. Umso frustrierender ist es zu sehen, dass die städtischen Zielsetzungen diese Marke nicht einmal streifen.

Das muss ein Ende haben. Wir haben schlicht nicht mehr die Zeit, um in kleinen Modellprojekten zu denken – stattdessen brauchen wir tiefgreifende, ganzheitliche Lösungsansätze.

Nürnberg muss sich als politisch gestaltender Akteur verstehen. Wir erkennen an, dass die Handlungsspielräume einer Stadt wie Nürnberg von landes-, bundes- und europapolitischen und -rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig sind. Doch genau aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die Stadt Nürnberg über Städtebündnisse verstärkt in die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen einbringt.

Darüber hinaus ist auch das Ziel in der Stadt Nürnberg klar: Die Emissionen in allen Sektoren müssen schnellstmöglichst gesenkt werden und bis spätestens 2035 muss Klimaneutralität erreicht werden. Nur so kann das Pariser Klimaabkommen eingehalten, das 1.5-Grad-Ziel erreicht und die Lebensgrundlage aller Menschen gesichert werden.

Neben der Politik liegt die Verantwortung auch bei allen Bürger*innen. Mit jeder politischen Wahlentscheidung kann eine weitere Stimme für unsere Zukunft abgegeben werden. Und auch auf Demonstrationen zählt jede*r Einzelne!

Die entscheidenden Weichen in Nürnberg werden jedoch im Stadtrat gestellt werden. Um die Klimakrise abzuwenden, muss Nürnberg Vorreiterin auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Stadt werden. Dafür ist eine ambitionierte Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen dringend nötig. Deswegen richten wir uns in diesem Schlusswort noch einmal explizit an alle Entscheidungsträger*innen Nürnbergs:

Wir sind die erste Generation, die von der Klimakrise betroffen ist und gleichzeitig die letzte, die etwas gegen die Klimakrise tun kann!

Nürnberg muss handeln!